

# Lamer Winkel fordert bessere Anbindung

Weiterbau der Regentalstraße Thema bei „Jetzt red's Ihr“-Abend des CSU-Kreisverbandes

Arrach. (mm) Die CSU müsse wieder mehr CSU sein, um das Vertrauen ihrer Wähler zurückzugewinnen, kristallisierte sich als Anliegen der Gäste beim „Jetzt red's ihr-Termin“ heraus. Karl Holmeier (MdB), Dr. Gerhard Hopp (MdL) und Bezirkstagspräsident und Landrat Franz Löffler kamen am Freitagabend nach Haibühl, um sich den Fragen, Meinungen und Aufrufen der Bevölkerung zu stellen.

Als Hausherr begrüßte Bürgermeister Sepp Schmid all diejenigen, die der Einladung der CSU-Ortsverbände Arrach, Grafenwiesen, Hohenwarth, Lam und Lohberg ins Gasthaus Meindl gefolgt waren. Hierzu gehörten neben den Politikern seine beiden Stellvertreter Toni Münsterer und Thomas Weber, Bürger der Gemeinde sowie Vertreter der Nachbarkommunen. CSU-Ortsvorsteher Hermann Zapf, der die Diskussionsrunde leitete, ermutigte, alles zu sagen, was es zu sagen gibt.

## Straßenbau

Die erste Wortmeldung kam von einem Haibühler Bürger, der beklagte, dass hinsichtlich des Straßenbaus im Landkreis Cham so einiges im Argen liege, wobei er detailliert auf die B20 von Furth i. Wald nach Cham (selbst nach Ausbau nicht zeitgemäß), von Cham nach Straubing (bis heute nicht durchgehend ausgebaut) und von Cham nach Schwandorf (vierspüriger Ausbau erfolgt, jedoch Teilstück dreispurig) einging. Besonders am Herzen lag ihm die Regentalstraße, die in den 70er Jahren angefangen wurde. Er wollte wissen, wieso es die Politik in 45 Jahren nicht fertig gebracht habe, diese 20 Kilometer lange Strecke fertigzustellen. Wenn es schon keinen einzigen Kilometer Autobahn im Landkreis gebe, sollten wenigstens die Straßen dorthin zeitgemäß sein.

Bezüglich der Bundesstraßen ging MdB Karl Holmeier auf die angeprangerten Defizite ein, dabei



Karl Holmeier (MdB), Bezirkstagspräsident und Landrat Franz Löffler sowie Dr. Gerhard Hopp (MdL) ließen am Freitagabend die Bürger reden und hörten ihnen zu.

Foto: Münsterer

versicherte er, dass vonseiten der Politik alles Nötige getan werde. Die Straße nach Furth sei gebaut worden, als vor der Grenzöffnung noch wesentlich weniger Verkehrsaufkommen herrschte. Mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis sei man über die zwei Spuren froh gewesen. Aufgrund der Vorgaben des Bundesverkehrswegeplanes (BVWP) seien für die Strecke Cham-Schwandorf 2003 keine vier Spuren drin gewesen, weswegen lieber dreispurig statt gar nicht gebaut wurde. Mittlerweile sei die Vierspurigkeit im BVWP 2016 habe man auch SR-CHA und SR-Landau in den BVWP hineingebracht, sodass davon auszugehen sei, 2030 vier-spurig in Landau zu sein.

Eingehend auf zahlreiche Knotenpunkte des Landkreises machte er deutlich, dass die Verkehrssituation im Verhältnis zu anderen Regionen relativ entspannt ist. Mit Blick auf Gegenwart und Zukunft versicherte er, dass sich was tut und alles Wichtige im Bundesverkehrswegeplan enthalten sei. Die Versäumnisse hinsichtlich der europäischen Anbindung gingen zurück bis vor 2000 (Grenzöffnung).

Bezirkstagspräsident und Land-

rat Franz Löffler versicherte, für einen gut erschlossenen Landkreis zu sein. Er übernehme die Verantwortung für die Bereiche, die er beeinflussen könne, allerdings nicht für Probleme, deren Ursachen ganz woanders liegen, wie er am Beispiel Lederdom (acht Jahre Gericht) und Nordspange/Regentalstraße Grafenwiesen demonstrierte. Die Politik könne dafür sorgen, dass Geld im Bundesverkehrshaushalt ist und Planungskapazitäten schaffen. Ein großes Problem sei immer wieder die Rechtssicherheit. Ferner müsse die Kosten-Nutzen-Aufstellung stimmen. Vor allem wegen zunehmender Grundstücksprobleme sei man mittlerweile davon abgekommen, lange Strecken zu bauen.

## Ökologisches Bewusstsein

Er blicke besorgt auf die zunehmende Ablehnung von Infrastrukturmaßnahmen aus den Reihen der Bevölkerung, so Löffler. Das ökologische Bewusstsein sei gestiegen, wie beispielsweise die Abstimmung „Rettet die Bienen“ zeige. „Froh darüber, dass ein Großteil sage, wir wollen Straßen“ teilte Dr. Gerhard Hopp (MdL) mit, dass die Mittel

hierfür um 50 Prozent erhöht würden. Es würden jedoch nicht alle „Hurra“ schreien. Vielmehr fordern viele, wie etwa auch die Grünen, den Ausbau zu stoppen. Das Machbare werde dennoch angestrebt.

Die Realisierung der Straße Grafenwiesen-Bad Kötzing liege nicht in der Hand der Politiker. Nach weiteren Wortmeldungen zu dieser wichtigen Verbindung für den Lamer Winkel meldete sich ein betroffener Vollerwerbslandwirt zu Wort und erläuterte seine Situation. Alle hatten Verständnis dafür, dass er seinen Grund unter den angegebenen Bedingungen nicht verkauft. Die Politik sei momentan nicht in der Lage, Sachen zu regeln, weil die Mehrheit fehle, gab Holmeier zu.

## Probleme der Landwirte

Lohbergs Bürgermeister Franz Müller bedauerte die mangelnde Solidarität der Stadt Bad Kötzing. Der Lamer Winkel habe schließlich auch 8000 Einwohner. Er meinte ferner, dass alle von der Landwirtschaft profitieren würden, und wünschte sich mehr Fingerspitzengefühl im Umgang miteinander.

Hinsichtlich der Forderungen gemäß dem Volksbegehren „Rettet die Bienen“ nannte ein Landwirt aus Arrach das Kaufverhalten der Bürger, die Billigwaren bevorzugen, als Grund für die erhöhte Produktion. Das Volksbegehren hätten 20 Prozent unterschrieben, dies müsse ernst genommen werden, so Hopp. Die CSU wolle es schaffen, dass die Gesellschaft zusammenhält, und müsse deswegen das Volksbegehren annehmen. Nur so könne die Chance genutzt werden, gemeinsame Lösungen zu erarbeiten und ein vernünftiges Begleitgesetz zu schaffen. Dies sei zwar schwieriger, allerdings trotzdem besser. „Wir können nicht mehr CSU sein“, bereute Hopp angesichts der fehlenden Mehrheit. „Macht euch nichts vor“, so Löffler offen, „Feind der Landwirte ist nicht die Politik“, vielmehr eine mediengepärgte populistische Gesellschaft.

# Flagge zeigen für demokratischen Rechtsstaat

Rechtsextremismus, Regulierungswut, Europa: Bürger und Politiker reden Tacheles

In dem Wissen, in einer Demokratie seine freie Meinung äußern zu dürfen, sprach Arrachs Bürgermeister Sepp Schmid das Thema „rechtsextreme Parteien“ an. Es sei ihm sauer aufgestoßen, dass „Der Dritte Weg“ für die Europawahl zugelassen sei. Er stelle sich die Frage, wie Gruppierungen, die durch die Straßen fahren, Propaganda betreiben wie vor über 70 Jahren und die Demokratie abschaffen wollen, auf den Wahlzettel gelangen.

Es handle sich um keine verbotene Partei, weswegen sie gerade deswegen, weil wir demokratisch seien, kandidieren dürfe, gab Karl Holmeier zu bedenken.

Landrat Franz Löffler zollte Schmid Respekt, Flagge zu zeigen für einen demokratischen Rechtsstaat. Er sah das Hauptproblem in

den Bürgern, die rechtsextremistisch wählen.

## Wahlgeschenke und mehr

Mit völligem Unverständnis fragte Bürgermeister Schmid, wie STRABS, Kinderbetreuung und derartige Wahlgeschenke finanziert werden sollen. Das Geld komme natürlich von Steuergeldern, so Löffler. Holmeier meinte, wir würden in einer gefährlichen Zeit leben und sollten dringend anfangen, darüber nachzudenken, was wir uns leisten können.

Wieso es einem Arbeiter in Tschechien problemlos möglich sei, ein eigenes Haus zu bauen und einem Gleichaltrigen bei gleichem Lohn im Lamer Winkel nicht, begründete ein Arracher Fabrikant damit, dass auf deutscher Seite schon 50000



Christoph Czakalla (stehend) und Michael Weiß (vorne), die für den Landkreis Cham bei der Europawahl antreten, zeigten die Vorteile eines vereinten Europa auf.

Euro wegen diversester Vorschriften anfallen würden. Er rief die Politiker auf, die Regulierungswut zu ändern. Ein Drittel der Vorschriften könne weg, fand auch Löffler, allerdings müsse dann die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers um diesen Anteil steigen. In einem freien Land könne die Politik nicht alles regeln, meinte Löffler. Wohnungsnot, Pflegenotstand, Behördenverlagerung waren nur einige weitere Themen, die zur Sprache gekommen sind.

## Für ein starkes Europa

Christoph Czakalla aus Bad Kötzing und Michael Weiß aus Furth im Wald, die für den Landkreis Cham bei der Europawahl antreten, nutzten die Versammlung, um Vorteile eines vereinten Europa aufzuzeigen. Es gebe Parteien, die

gegen die Osterweiterung seien, so Czakalla, der dazu aufrief, zur Wahl zu gehen. Es sei nur dann möglich etwas in den Köpfen zu ändern, wenn wir zur rechten Zeit aufstünden. Mit Fakten belegte er, dass es den Menschen dank Europa heute bessergehe. Um nicht in den Sog zu fallen, brauche die CSU Leute, die für etwas einstehen, so Michael Weiß. Europa müsse erhalten und besser gemacht werden. Seit der Flüchtlingskrise gebe es mehr Probleme, dabei müsse wohl jeder zugeben, dass sich hinsichtlich der eigenen Situation nichts geändert habe.

Abschließend zollte Hermann Zapf den Politikern Respekt dafür, sich den Meinungen der Bürger zu stellen. Holmeier bedankte sich auch im Namen von Löffler und Hopp für die ehrliche, kritische Diskussion. Es gebe Parteien, die



Es sei ihm sauer aufgestoßen, dass die Partei „Der Dritte Weg“ für die Europawahl zugelassen sei, so Sepp Schmid (links), hier neben Hermann Zapf, der die Diskussion leitete.

Fotos: Münsterer